

Deutsch-Chinesische Nachrichten

Deutsche Tageszeitung

德華日報

中華郵政特准掛號立券之報紙

Wahlspruch:

Treu der alten Helmut und der neuen

5. Jahrgang

Tientsin, Donnerstag, den 28. Juni 1934.

Nummer 1145

Versailles und die Ehre der Nation

Weder der Kaiser, noch die Regierung,
noch das Volk haben diesen Krieg gewollt.

Adolf Hitler.

Am 12. November des vergangenen Jahres hat das Deutsche Volk in seltener Einmütigkeit gezeigt, dass es den Weg gehen will, den uns unsere Ehre vorschreibt und der in voller Gleichberechtigung mit den anderen Völkern zum Frieden auf Erden führen soll. Dass die drei Worte: Ehre, Gleichberechtigung und Friede nicht nur eine Wahlparole waren, sondern dass dahinter der unbeugsame Wille einer in sich geschlossenen Nation steht, wird die Zukunft lehren.

Die Ehre der deutschen Nation ist durch den Versailler Frieden aufs schwerste verletzt worden. Der Vertrag als Ganzes genommen ist eine Beleidigung unseres Volkes. Man hat den Weltkrieg als ein Verbrechen hingestellt, für das wir durch den Versailler Vertrag bestraft werden sollten. Die Grundlage dieses Vertrages bildete das Diktum von der Schuld Deutschlands am Kriege, das man nach einer Untersuchung von kaum 2 Monaten, bei der man sich nicht scheute, gefälschte Dokumente zu ver-

wenden, aussprach und das man mit dem Gelde der Carnegie-Stiftung in allen Sprachen über die Welt verbreitet hat: durch den Bericht, der von der Kommission für die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges und der aufzuerlegenden Sühne am 29. März 1919 der Vorfriedenskonferenz überreicht wurde. Diesen Bericht dürfen wir nie vergessen, wenn wir von der Kriegsschuldfrage sprechen, da er die wissenschaftliche Grundlage für die moralische Diffamierung des deutschen Volkes bildet.

Wir müssen an die diffamierenden Bestimmungen des Vertrages und an die masslosen Beschuldigungen Deutschlands in der Mantelnote und im Ultimatum immer wieder erinnern, damit die öffentliche Meinung der Welt versteht, warum wir an einer Revision des Friedensvertrages allein um unserer Ehre willen festhalten müssen. Ein Friede, der ehrverletzende Bestimmungen enthält, schliesst die Gleichberechtigung aus und ohne Gleichberechtigung ist ein Friede zwischen Grossmächten auf die Dauer unmöglich.

Die Kriegsschuldfrage muss endlich beseitigt und die Ehre der Nation in vollem Umfang wiederhergestellt werden!

Unverletzbarkeit der Friedensverträge!

Belgrad, den 26. Juni (Transocean A.) Die Abgeordneten-Kammer und der Senat versammelten sich heute nachmittag zu einer gemeinsamen Festsetzung zu Ehren des französischen Aussenministers Barthou. Die Reden beschränkten sich auf hüllische Allgemeinplätze und die Neubestätigung der „Unverletzbarkeit der Friedensverträge“, welche besonders der Ersterminister Uzonovitch hervorhob. Barthou versäumte nicht an die Dienste Frankreichs zur Schaffung eines neuen jugoslawischen Staates zu erinnern und versicherte seinen Zuhörern, dass „Bande der aufrichtigsten Zuneigung die beiden Länder verbinden.“

England fordert eine stärkere Flotte

London, den 26. Juni (Reuter). „Die Admiralität erneuert ihre Forderung auf 70 Kreuzer, die notwendig sind, um die Seewege Grossbritanniens sicherzustellen“, erklärte heute der politische Korrespondent der Manchester Guardian. Als Quelle seiner Erklärung gibt er absolut zuverlässige amerikanische Kreise an. Er weist darauf hin, dass eine ähnliche Forderung bereits die Drei-Mächte-Konferenz von 1927 zusammenbrechen liess und die Beziehungen zwischen Amerika und England ernstlich spannte.

Gestern meldete der Washingtoner Korrespondent der New York Times, dass Norman Davis seine Regierung von der Absicht Grossbritanniens, eine grössere Flotte zu bauen, in Kenntnis gesetzt habe.

Admiral Sir G. Hornby stellte bereits im Jahre 1894 fest, dass England 186 Kreuzer benötige. Zu Beginn des Krieges hatte England 124 Schiffe dieser Klasse, was sich als unzureichend erwies. Lord Jellicoe bezeichnete 1925 als Minimum 70 Kreuzer, dieselbe Zahl, die heute gefordert wird. Diese Zahl wurde 1930 von der Regierung auf 50 reduziert. Im Jahre 1933 besass England 53 Kreuzer, von denen 19 an Altersschwäche litten.

20 Italienische Schiffe in Durazzo

Paris, den 26. Juni (Transocean A.) Nachrichten aus Tirana besagen, dass das 1. italienische Geschwader in der Adria in Stärke von 20 Schiffen heute unerwartet in dem albanischen Seehafen Durazzo erschienen ist und beträchtliche Aufregung in hiesigen politischen Kreisen hervorgerufen hat, wo die Ankunft als eine Demonstration gegen den Besuch Barthous in Belgrad ausgelegt wird. Die Mehrzahl der Zeitungen sind der Ansicht, dass Italien versucht, sein erschüttertes Prestige in Osteuropa wieder zu stärken, besonders in Albanien, wo sein Einfluss seit dem Abschluss eines Vertrages zwischen Albanien und Jugoslawien im Sinken ist.

Der Belgrader Korrespondent der Zeitung „L'Oeuvre“ berichtet, dass die Ankunft der italien-

schen Kriegsschiffe in Durazzo keine Befürchtungen in jugoslawischen Regierungskreisen erweckt hat, welche die Lage für ungefährlich halten, solange Italien nicht beschliessen sollte, Truppen zu landen, was jedoch höchst unwahrscheinlich ist. Der Korrespondent sagt weiter, dass die revolutionäre Bewegung in Albanien keineswegs abgeschlossen ist und dass noch immer die Möglichkeit eines Regierungswechsels besteht, welcher die Unterstützung der Grossmächte finden könnte. In diesem Zusammenhang hebt die Zeitung hervor, dass eine weitere Stärkung des italienischen Einflusses in Albanien nicht von England begrüsst wird, da sie das Ziel hat, die Adria strategisch zu einer italienischen Inlandsee zu machen und weiter, die britische Stellung auf Malta schwächen würde, von der Englands Herrschaft im Mitteländischen Meer zum grossen Teil abhängig ist.

Zur nationalsozialistischen Steuerreform

Berlin, den 26. Juni (Transocean A.) Die Hauptrichtlinien der mit Spannung erwarteten nationalsozialistischen Steuerreform, welche in diesem Herbst in Kraft treten soll, wurde heute von dem Staatssekretär für Wirtschaft, Reinhardt, auseinandergesetzt.

Der Steuersachverständige der Partei hob besonders hervor, dass keine neuen Steuern eingeführt oder bestehende Steuern erhöht werden, noch wird das revidierte System irgendwelche Art von Einschätzung zur Förderung des deutschen Exportes enthalten. Trotzdem muss, da die allgemeine Lage des Staatsbudgets keine Verminderung der Steuereinnahmen erlaubt, das jetzige Staatseinkommen nicht nur im nächsten Jahre erreicht sondern sogar überstiegen werden. Der dringende Grund hierfür ist, betonte Reinhardt, in den kommenden Jahren zahlreiche Beträge auszugleichen, mit denen die künftigen Haushaltspläne bereits belastet worden sind im Interesse des Arbeitsbeschaffungsprogramms, damit ein Defizit von grossen Ausmassen vermieden werden kann.

Der Staatssekretär führte dann die Summen, um die die Steuereinnahmen in April und Mai die Schätzungen des Haushaltsplans übertrafen haben, als Grund für das Vertrauen an, dass das Reichsschatzamt das Jahr 1934 mit einem Budgetüberschuss beenden wird. „Die Steuerpolitik in Adolf Hitlers Staat“, sagte Reinhardt, „beruht auf drei grossen Prinzipien — 1.) Kampf zur Verminderung der Arbeitslosigkeit, 2.) Förderung des Familienlebens und 3.) Hervorhebung des Wertes der Persönlichkeit und der persönlichen Verantwortung im Geschäftsleben.“

Die Hauptveränderung im Geschäftsleben sind die Steuerreformpläne, welche die jetzige Umsatzsteuer von 2% auf 0,5% herabsetzen, während die

revolutionärsten Umwälzungen in der Einkommensteuer vorgesehen sind. Hier werden wahrscheinlich die Erleichterungen für Familien mit mehr als zwei Kindern verdoppelt und die Abgaben für alle verheirateten Paare beträchtlich herabgesetzt werden. Familien von 5 Kindern zum Beispiel sind völlig steuerfrei, wenn das Einkommen nicht 10 000 Mark übersteigt. Die Bezeichnung „Kind“ wird von Minderjährigen auf Familienmitglieder bis zu 25 Jahren ausgedehnt werden, wenn diese noch immer von ihren Eltern unterstützt werden. Trotz der Pläne zur Zusammenfassung der verschiedenen anderen kleineren Steuern in der Einkommensteuer wird die Zahlung der geringsten Abgabe bei 8% anstelle von den früheren 10% beginnen und bei der höchsten Abgabe von 35% anstelle von den früheren 40% endigen.

Deutsche Note für London

Berlin, den 26. Juni (Transocean A.) In Antwort auf die britische Transfernote wurde gestern eine Note von der Reichsregierung an die Downing Street überreicht und hier heute abend veröffentlicht. Die deutsche Note stimmt dem britischen Angebot zur Aufnahme der Verhandlungen zu und „bedauert, dass der britische Standpunkt unmöglich verstanden werden kann, und teilweise auf ein Missverständnis und unvollständiges Urteil der kürzlichen Berliner Transferkonferenz zu beruhen scheint. Besonders unverstänlich ist, dass die britische Regierung es für nötig hält, ihren Begründungen mit der Androhung von Gewaltmassnahmen Nachdruck zu verleihen. Denn wegen diesen hat die deutsche Regierung es für notwendig befunden, zu ähnlichen Massnahmen zu greifen, um den grossen Schaden, den der deutsche Handel erleiden würde, abzuwehren. In der Annahme, dass die britische Regierung an einer Regelung des Problems interessiert ist, welches für beide Länder wichtig ist und dessen Lösung, wie anerkannt worden ist, nicht nur Deutschland betrifft, ist trotzdem die Einladung zu einer sofortigen Zusammenkunft angenommen worden.“

Weiterer Rückgang der Notendeckung

Berlin, den 26. Juni (Transocean A.) Der Reichsbankbericht bis zum 23. Juni wurde heute veröffentlicht und zeigt einen weiteren Rückgang der Notendeckung auf 2,3% gegenüber 2,9% am 15. Juni und 3,4% am 8. Juni. Die Goldreserven nahmen um 21,8 Millionen Mark auf 72,5 Millionen ab, während die Devisenbestände sich um 24,0 Millionen auf 76,5 Millionen verringerten. Der Notenumlauf schrumpfte um 87,7 Millionen auf 3 397,8 Millionen Mark zusammen. Der Betrag der Kredite fiel um 97,4 Millionen auf 3 387,5 Millionen Reichsmark.